



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen | 3 |
| Dank und Gedanken zur Landratswahl - von Frank Peschel | 3 |
| PRESSEMITTEILUNGEN Landtagsabgeordnete im Landkreis Bautzen..... | 4 |
| Eine Landratswahl und ihre Folgen | 4 |
| Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen | 4 |
| Termine im Kreisverband Bautzen | 5 |
| Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag | 6 |
| Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 3.7.2022 | 6 |
| Die Sonntagskolumne im Audio-Format | 8 |
| ANGRIFF AUF UNSERE KINDER..... | 8 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.7.2022 | 8 |
| Eigenheime für Sachsen statt neue Heizungen für Italiener! | 8 |
| Flughafen-Chaos: Türken sollen Fachkräftemangel beheben?..... | 9 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.7.2022 | 9 |
| Kalt duschen? Nord-Stream 2 in Betrieb nehmen!..... | 9 |
| Schützt unsere Kinder vor linken Ideologen!..... | 10 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.7.2022 | 11 |
| AfD-Anfragen beweisen: Corona-Impfung deutlich gefährlicher als Grippe-Impfung..... | 11 |
| Meinungsvielfalt statt staatlich finanzierte „Pressevielfalt“! | 11 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.7.2022 | 12 |
| Studentenrat muss politische Neutralität achten | 12 |
| Windradausbau in Nacht- und Nebel-Aktion: Sachsen muss Bundesregierung verklagen!..... | 13 |
| PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.7.2022 | 13 |
| Die neue "Diskriminierungsbeauftragte"? | 13 |
| Neues von der Alternative für Deutschland | 15 |



| | |
|--|-----------|
| PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland | 15 |
| Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien | 15 |
| So wollen wir Deutschland wieder fit machen! | 15 |
| Bauern im Würgegriff der politischen Klima-Sekte | 16 |
| Gesunde Wirtschaft braucht einen starken Staat! | 17 |
| Lauterbach muss endlich zurücktreten! | 18 |
| Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag | 19 |
| PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag | 19 |
| Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag in den sozialen Medien | 19 |
| Der deutsche Energie-Sonderweg muss noch heute enden! | 19 |
| Nachrichten aus Deutschland und der Welt..... | 20 |
| Einzelhandel: Wir machen bei Corona-Beschränkungen nicht mehr mit | 20 |
| „Maximale Sicherheitsbedenken gegen die Corona-Impfstoffe“ – Ärzteverband setzt PEI unter Druck..... | 20 |
| „Extrem hohe Kosten für Energie“ – Traditions-Werk von Villeroy & Boch im Saarland schließt | 20 |
| Laut Bundesregierung: AfD am häufigsten Opfer von Gewalt..... | 20 |
| Polizei gibt Schüsse ab: Bauernproteste in Niederlanden spitzen sich zu | 20 |
| Premier Boris Johnson tritt als Parteichef zurück | 20 |
| Eilmeldung: Ataman zur Antidiskriminierungsbeauftragten gewählt | 20 |
| Video-Empfehlungen | 21 |
| Informationskanäle der AfD..... | 21 |
| Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag..... | 21 |
| Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag..... | 21 |
| Kanal von AfD Kompakt TV | 21 |
| Wochenendpodcast der AfD..... | 21 |
| AfD im EU-Parlament | 21 |
| Fakten in Bildern | 22 |
| Achtung Satire! | 23 |
| Kommunalmandate im KV Bautzen | 24 |
| PRESSE-ARCHIV..... | 24 |
| SPENDENKONTO..... | 24 |
| KONTAKT:..... | 24 |



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Dank und Gedanken zur Landratswahl - von Frank Peschel

Liebe Mitglieder, Unterstützer und Freunde der AfD,

die Landratswahl ist entschieden. Ich gratuliere Udo Witschas zum Wahlerfolg.

Nun muss die CDU beweisen, wie sie nach 32 Jahren CDU-Landratsverwaltung die selbst geschaffene Bürokratie abbauen und die selbst verschuldete Finanzsituation im Landkreis korrigieren will. Unsere Kreistagsfraktion hat mehrfach eigene Vorschläge eingereicht und wird die Leistung des neuen Landrates kritisch-konstruktiv bewerten.



Gleichzeitig bedanke ich mich von Herzen bei Euch meinen Wählern und Unterstützern für diesen sehr guten zweiten Platz. Wir sind mit 27 Prozent DIE bürgerlich-konservative Kraft im Landkreis Bautzen.

Ohne Eure Hilfe und Unterstützung wäre dieser Wahlerfolg nicht möglich gewesen. Ich weiß, dass der ein oder andere mit dem Ergebnis unzufrieden ist und sich mehr gewünscht hätte. Leider war dies nicht möglich, weil abermals ein Teil unserer Stammwählerschaft nicht zur Wahl ging. Die Erkenntnis ist auch für mich bitter und nicht nachvollziehbar. Wer verändern will, muss wählen gehen.

Bitte bedenkt, dass wir das erste Mal an einer Landratswahl im Landkreis Bautzen teilnahmen und sofort 27 Prozent gewannen. Wir erzielten damit in Bautzen das zweitbeste Ergebnis aller AfD-Landratskandidaten in Sachsen.

Dieser Wählerwille muss sich auch bei der Besetzung des ersten Beigeordneten widerspiegeln. Der Posten des jetzt zum Landrat gewählten Udo Witschas wird frei und die AfD muss bei der Neubesetzung im Landratsamt berücksichtigt werden.

Nach der Wahl ist vor der Wahl, wir kämpfen weiter! Mit Euch und für Euch! Vielen Dank!

Euer Frank Peschel



PRESSEMITTEILUNGEN Landtagsabgeordnete im Landkreis Bautzen

Eine Landratswahl und ihre Folgen

Der Landkreis Bautzen hat gewählt. Leider nicht Freiheit und Selbstbestimmung!



Der Königsbrücker Landtagsabgeordnete Timo Schreyer erklärt dazu:

Die Wahlbeteiligung lag bei nur 36,7 Prozent. Ob die 63,3 Prozent Nichtwähler mit ihrer Entscheidung glücklich werden, wird die Zukunft zeigen. Ich denke eher nicht.

Dem neu gewählten Kreisoberhaupt wünsche ich viel Glück, denn das wird er brauchen. Nach der Wahlkampfparty wird bald Katerstimmung in die Amtsstuben einziehen, wenn er mit den

dramatischen Folgen der eigenen Politik, die uns in Zukunft erwarten, konfrontiert wird.

Timo Schreyer, MdL

4.7.2022

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

<http://www.afdbautzen.de/>

<https://www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093>

<https://t.me/afdkreisverbandbautzen>

<https://afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/>

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

<https://t.me/karstenhilsepolitiker>

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/>

<https://www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen>

<https://www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861>

https://www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

<https://frankpeschel.de/>

<https://t.me/frankpeschel>

<https://www.facebook.com/frankpeschel.de>

Timo Schreyer, MdL

<https://www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD>



Doreen Schwietzer, MdL

<https://www.facebook.com/SchwietzerMdL>

Regionalgruppe Bautzen

<https://www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/>

<https://www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/>

AfD Oberlausitz/Oberland

<https://www.facebook.com/AfDOberlausitz>

https://www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

<https://t.me/oliverhelbing>

<https://www.afd-cunewalde.de/>

Regionalgruppe Bischofswerda

<https://www.facebook.com/afd.bischofswerda>

Regionalgruppe Kamenz

<https://www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004>

<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/>

Regionalgruppe Königsbrück

<https://www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck>

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

<https://www.facebook.com/groups/465255757689215/>

Termine im Kreisverband Bautzen

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 3.7.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

die NATO hat sich in dieser Woche darauf verständigt, keine „echte strategische Partnerschaft“ mit Russland mehr anzustreben. Stattdessen ist nun im neuen Leitkonzept die Rede von der „größten und unmittelbarsten Bedrohung“, die von Moskau ausgeht.

Es sind aber nicht nur Worte, die geändert wurden: Die NATO rüstet massiv auf, um als „Bollwerk“ die „Freiheit und Demokratie zu sichern“.

Für Freiheit und Demokratie setzt sich die AfD in Deutschland selbstverständlich auch vehement ein. Wir sind die Partei des Grundgesetzes und verlangen mehr Meinungsfreiheit und mehr direkte Demokratie. Dennoch wäre es fatal, wenn wir oberlehrerhaft bestimmte Staaten aufgrund angeblicher oder tatsächlicher Demokratiedefizite maßregeln wollten.

Das oberste Gebot der Außenpolitik ist es schließlich, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen. Außenpolitik sollte sich darauf beschränken, eigene nationale Interessen zu verteidigen und ansonsten Zurückhaltung zu üben.

Genau hier beginnt das Grundproblem der von den USA dominierten NATO, die ja eigentlich ein „Verteidigungsbündnis“ sein soll. In den letzten Jahrzehnten versuchte sie wiederholt, die Demokratie in aller Welt im Zweifelsfall herbeizubomben, auch wenn diese „Regime Change“-Versuche jedes Mal aufs Neue scheiterten.

Schauen Sie sich nur einmal an, wo Afghanistan heute steht. Die islamistischen Taliban kontrollieren das Land, trotz eines 20-jährigen, opferreichen und zerstörerischen Militäreinsatzes des Westens. Libyen ist nach dem militärischen „Engagement“ des Westens ein ruiniertes Land. Und auch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak mit hunderttausenden getöteten Zivilisten hat nur dazu geführt, den Hass auf den „Westen“ bei den Menschen dort zu verfestigen.

Der sogenannte Westen ist inzwischen in vielen Teilen der Welt verhasst. Aber nicht deshalb, weil die Menschen dort Angst vor Demokratie und Freiheit haben. Der „Westen“ ist verhasst für seine kulturelle Besserwisserei, für seine moralischen Doppelstandards und für die blutige Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Interessen.





Spätestens das Afghanistan-Desaster hätte den europäischen Nationen vor Augen führen müssen, dass die Zeit des einen großen Weltpolizisten USA, der andere Regionen nach seinen Wertvorstellungen beliebig umgestalten kann, endgültig abgelaufen ist. Wir leben heute in einer multipolaren Welt mit mehreren Großmächten, deren Einflusszonen zu achten sind, um blutige Kriege zu vermeiden.

Ich sehe daher die 800 Militärstützpunkte der USA außerhalb ihres eigenen Territoriums sehr kritisch. Jedes Land hat das Recht zur Selbstverteidigung, aber das sollte auch ohne auswärtige Militärbasen möglich sein. 18 dieser Stützpunkte befinden sich übrigens in Deutschland. Warum?

Der Zweite Weltkrieg liegt fast 80 Jahre zurück. An seinem Ende lagen viele deutsche Städte in Trümmern, gezielt zerstört von englischen und amerikanischen Bombergeschwadern. Millionen Tote, Millionen aus ihrer Heimat Vertriebene. Diese deutsche Katastrophe sollte uns immer als Mahnung dafür in Erinnerung bleiben, dass die Politik alles dafür tun muss, um Kriege zu verhindern.

Leider hat die, von den USA dominierte, NATO wiederholt selbst Angriffskriege außerhalb des Bündnisgebietes begonnen, und damit auch Deutschland und andere Staaten zur aktiven Kriegspartei gemacht. Die ehemalige Maxime, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen soll, wurde gebrochen.

Es ist an der Zeit für Europa, sich von den USA zu emanzipieren, die Vasallenrolle hinter sich zu lassen und als gleichberechtigter Partner mit Amerika zu agieren.

In erster Linie bedeutet das, die von den USA abweichenden Interessen Europas klar zu benennen. Europa ist geographisch untrennbar mit Russland verbunden. Wir brauchen dieses Riesenreich als wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Partner. Eine anhaltende erbitterte Rivalität mit Russland, so wie sie von den USA betrieben wird, ist nicht in europäischem Interesse.

Ebenso unterscheidet sich die Rohstoffsituation: Die USA verfügen über eigene Öl- und Gas-Ressourcen. Im Gegensatz dazu hängt der Wohlstand Europas von Energie-Importen aus Ländern ab, die nicht zum demokratischen Westen zählen. Das gilt es als unumstößlichen Fakt zu akzeptieren. Aus meiner Sicht ist deshalb nichts gewonnen, wenn wir in Zukunft mehr Rohstoffe aus Saudi-Arabien und Katar beziehen, nur um Russland auszugrenzen.

Wir brauchen einen friedlichen Interessenausgleich mit Russland und die beste Grundlage dafür ist eine stärkere Selbständigkeit Europas.

Gegenüber anderen Großmächten kann sich Europa nur behaupten, wenn es geschlossen nach außen auftritt. Nach innen dagegen müssen wir die Vielfalt nationaler Kulturen schützen. Alle europäischen Staaten und Völker müssen in freier Selbstbestimmung leben dürfen. Die zentralistische Bevormundung von oben, durch die abgehobenen Bürokraten der Europäischen Union und durch die Vergemeinschaftung von Schulden, fügen Freiheit und Demokratie schweren Schaden zu.

Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und kulturelle Vielfalt – dafür steht Europa und dafür wird es in aller Welt geschätzt.



Verteidigen und pflegen wir dieses europäische Erbe hier vor Ort, in unseren Ländern und Kommunen. Das ist tausendmal wichtiger und besser, als sich an den blutigen Demokratie-Export-Versuchen der US-amerikanischen Eliten zu beteiligen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5240875585981917>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

ANGRIFF AUF UNSERE KINDER

„Unsere Zivilgesellschaft“ (links-grüne Nichtregierungsorganisationen, NGOs) kämpft mit „Zivilcourage“ (das heißt: mit unproduktiven, steuerfinanzierten Projekten) für „unsere Demokratie“ (eine „richtige“ Meinung) gegen alle Kritiker derzeitiger Politik. Mittels Deutungshoheit über Begriffe und Moralisierung wird versucht, die Kritiker mundtot zu machen!

Dahinter stehen hunderte Vereine in unzähligen Netzwerken!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/akb/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.7.2022

Eigenheime für Sachsen statt neue Heizungen für Italiener!

Laut der Sächsischen AufbauBank (SAB) hat unser Freistaat den ältesten Wohnungsbestand aller Bundesländer und die geringste Wohneigentumsquote aller Flächenländer. Die SAB mahnt daher an, „junge Haushalte (...) in der Phase der Familiengründung“ dabei zu unterstützen, ein Eigenheim erwerben bzw. sanieren zu können.



Die deutsche Regierung versorgt aber lieber italienische Immobilienbesitzer und verschafft ihnen kostenlose neue Heizungen, statt sich für heimische Familien einzusetzen. Kein Witz: Die hauptsächlich aus Deutschland stammenden EU-Coronahilfen setzte die italienische Regierung für den sogenannten „Superbonus 110“ ein.

Der beinhaltet: Wer neue Fenster, eine neue Heizung oder eine Solaranlage auf dem Dach haben wollte, bekam dafür vom italienischen Staat 110 Prozent der Kosten (sic!) erstattet. Kontrollen, ob das Geld wirklich für die Sanierung eingesetzt wurde, gab es aber so gut wie keine.



Viele Italiener strichen daher das Geld ein, ohne irgendeine Baumaßnahme einzuleiten. Mittlerweile weiß selbst die italienische Regierung, dass die Zweckentfremdung der Corona-Gelder, wogegen wir übrigens auch in Sachsen klagen, zu einer der größten Betrugsmaschen in der italienischen Geschichte führte.

Wir meinen: Statt deutsche Steuergelder in Italien versickern zu lassen, braucht Sachsen eine anständige Wohnraumförderung, die es jedem Haushalt mit einem durchschnittlichen Einkommen erlaubt, sich ein Eigenheim leisten zu können. Wir haben dazu einen passenden Gesetzentwurf erarbeitet (Drs. 7/7684).

Wir wollen damit das Wohneigentum gezielt fördern. Denn: Die Verwurzelung der Sachsen in ihrer eigenen Heimat sollte höchste Priorität für unsere Regierung haben.

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5246047782131364/>

Flughafen-Chaos: Türken sollen Fachkräftemangel beheben?

Endlose Schlangen und abgesagte Flüge: Wer derzeit in den Urlaub fliegen will, braucht Nerven aus Stahl. Die Bundesregierung will nun das Chaos beheben, indem sie tausende türkische Fachkräfte als Aushilfe einfliegt.



Da stellt sich die Frage, wie kann es zu einem derartigen Fachkräftemangel kommen? Sind nicht in den letzten Jahren zwei Millionen neue „Fachkräfte“ über das Asyl-Ticket nach Deutschland eingewandert? Wurden wir etwa von der Regierung belogen?

Zudem kommen mit dem Anwerben türkischer Arbeitskräfte neue Probleme auf unser Land zu. Nach der Anwerbewelle in den 70-er Jahren kehrten die meisten Türken nicht in ihre Heimat zurück. Eine ähnliche Entwicklung droht nun wieder.

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5245954438807365/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.7.2022

Kalt duschen? Nord-Stream 2 in Betrieb nehmen!

In Dippoldiswalde müssen viele Menschen ab sofort mit kaltem Wasser duschen oder Geschirr aufwaschen. Die dortige Wohnungsgenossenschaft dreht das warme Wasser nur noch wenige Stunden am Tag auf, um Gas und Kosten zu sparen.



„Für diese Kollateralschäden ist die Regierung verantwortlich“, kritisiert der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#). „Wir müssen nicht frieren. Der Gas-Notstand ist selbst verursacht und kann sofort beendet werden. Die von Deutschland blockierte Pipeline Nord-Stream 2 ist bereits mit günstigem russischen Gas gefüllt – es muss nur die Genehmigung erteilt werden.“



Das geplante Gas- und Ölembargo macht keinen Sinn. Es schädigt unsere Bürger und unsere [Wirtschaft](#) viel stärker als Russland. Auf dem globalen Markt findet Russland genug Abnehmer für seine preiswerte [Energie](#). Deutschland muss endlich eigene Interessen in den Vordergrund stellen. Weil wir keine eigenen Rohstoffe haben, brauchen wir bezahlbare Energie-Lieferungen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kalt-duschen-nord-stream-2-in-betrieb-nehmen/>

Schützt unsere Kinder vor linken Ideologen!

Mit Postkarten und einer Übersicht im Internet (<https://afd-fraktion-sachsen.de/akb/>) kritisiert die sächsische AfD-Fraktion Aktivitäten linker Netzwerke an Schulen, Kindergärten und in Jugendvereinen.



Dazu erklärt die gesellschaftspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Martina Jost:

„Der Beutelsbacher Konsens beinhaltet ein Indoktrinationsverbot für unsere Schüler und Kinder. Sie dürfen nicht in eine bestimmte ideologische Richtung gedrängt werden, sondern sollen dazu erzogen werden, kontroverse Debatten führen zu können.“

Leider klaffen in Sachsen jedoch Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Es gibt unzählige linke Netzwerke, die in Kindergärten und Schulen mit einem manipulativen Angebot vertreten sind. So darf ein staatlich geförderter Verein z.B. seit 2016 über ‚aromantische‘ und ‚lsbtiaq*‘-Flüchtlinge in Schulen referieren.

Dieser ideologische Unfug dient nicht der Bildung. Er zielt auf eine unzulässige Indoktrination ab und muss daher vom Freistaat Sachsen unterbunden werden. Wir fordern, solchen Vereinen keinen Zutritt mehr zu Schulen zu gewähren und ihnen keine Fördergelder mehr auszuzahlen.“

Hinweis: Um 19 Uhr findet heute ein Livestream auf Facebook mit Martina Jost und Jörg Urban statt. Thema ist: „Gender, Trans und Co.: Schöne, neue Welt?“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5248519251884217/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.7.2022

AfD-Anfragen beweisen: Corona-Impfung deutlich gefährlicher als Grippe-Impfung



Letztes Jahr wurden fast eine Million Sachsen gegen Grippe geimpft. Dabei gab es acht Fälle von Nebenwirkungen, fünf davon schwer (Drs. 7/10068). Bei bisher rund sieben Millionen Corona-Impfungen im Freistaat ist die Zahl der erfassten Nebenwirkungen bis Ende Mai im Verhältnis um ein Vielfaches höher: Gemeldet wurden 833 Verdachtsfälle, davon 424 mit schweren Verläufen sowie 50 Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung (Drs. 7/10072). Bei den Krankenhauseinweisungen traf es auch 38 junge Menschen unter 30 Jahren, die wegen einer Herzmuskelentzündung, Lungenembolie oder Thrombose behandelt werden mussten.

Dr. Rolf Weigand, wissenschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Vor dem Hintergrund der erheblichen Nebenwirkungen halte ich es für unverantwortlich von der Landesregierung, dass sie weiter an ihrer Impfkampagne und der Pflege-Impfpflicht festhält. Die neuartigen mRNA-Impfstoffe haben immer noch nur eine bedingte Zulassung. Bei einer derart hohen Zahl an schwerwiegenden Komplikationen war es bisher üblich, dass ein Impfstoff oder Medikament erst einmal eingehend überprüft und vom Markt genommen wurde.“

Für besonders fragwürdig halte ich die Impfstrategie der Staatsregierung für junge Menschen. Diese erkranken fast nie schwer an Corona. Viele von ihnen, die der Impfkampagne folgten, müssen nun aber mit langen Beeinträchtigungen durch z.B. eine Herzmuskelentzündung leben.“
<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5251505798252229>

Meinungsvielfalt statt staatlich finanzierte „Pressevielfalt“!

Der Freistaat Sachsen bringt am 8. Juli eine Initiative zum „Erhalt der Pressevielfalt“ in den Bundesrat ein (Drs. 309/22). Das Ziel des Antrags ist es, eine finanzielle Förderung von Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern zu erreichen, um „Fake News“ und „Verschwörungstheorien“ zurückzudrängen. Im Gespräch war dazu bisher eine Summe von 220 Millionen Euro.

Dazu erklärt der medienpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Torsten Gahler](#):

„Ich wünsche mir selbstverständlich eine Stärkung der Meinungsvielfalt in Deutschland und freue mich über Medien, die mit journalistischem Mut dazu beitragen. Meinungsvielfalt erreicht man allerdings nicht, indem man Zeitungen, denen die Leser davonlaufen, an den staatlichen Tropf hängt.“

Genauso wie alle anderen Unternehmen muss sich auch die Presse am Markt behaupten. Ist das Angebot schlecht oder überflüssig, so ist es im [marktwirtschaftlichen](#) Sinne gut, wenn es zu einer Bereinigung kommt. Wir haben in Deutschland übrigens den größten Zeitungsmarkt in ganz



Europa und zum Glück eine lebendige Bloggerszene, in der im Gegensatz zu vielen großen Medien noch tatsächliche Meinungsvielfalt zu finden ist.

Finanzielle Zuwendungen des Staates für Medien lehnen wir daher ab. Es besteht dadurch die Gefahr der Schere im Kopf. Denn, wie der Volksmund weiß: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“
<https://afd-fraktion-sachsen.de/meinungsvielfalt-statt-staatlich-finanzierte-pressevielfalt/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.7.2022

Studentenrat muss politische Neutralität achten

Mit einer E-Mail an alle Studenten hat der Studentenrat (StuRa) der TU Dresden im Vorfeld der Oberbürgermeisterwahl in Dresden einen Wahlaufuf gestartet. Dabei hat der StuRa explizit zur Wahl von drei der fünf antretenden Kandidaten aufgerufen, da nur diese angeblich demokratischen Parteien angehören würden.

Dr. [Rolf Weigand](#), hochschulpolitischer Sprecher, erklärt dazu:



„Dieser Verstoß gegen die politische Neutralität durch eine Organisation einer staatlichen Hochschule muss Konsequenzen haben. Wir fordern, die Zwangsmitgliedschaft aller Studenten im StuRa abzuschaffen und damit seine Finanzquellen trockenulegen. Wir haben hierzu bereits eine Änderung des Hochschulfreiheitsgesetzes beantragt (7/7765).

Der StuRa ist schon früher durch die Zusammenarbeit mit linksextremen Antifa-Gruppen aufgefallen (7/2739). In Räumen der Universität wurde sogar Gewalt gegen Polizisten trainiert.

Mit einer Kleinen Anfrage (7/10274) fordere ich nun vom Wissenschaftsministerium und von der TU Dresden eine Stellungnahme ein, wie sie sich zu dem einseitigen Wahlaufuf des StuRa positionieren und welche Konsequenzen daraus folgen.“

Hintergrund: Als Teilkörperschaft einer staatlichen Hochschule ist der StuRa nach Art. 21 Grundgesetz zur Wahrung der Chancengleichheit und politischen Neutralität gegenüber allen Parteien verpflichtet, sobald er sich in seiner Funktion zu außeruniversitären Themen äußert.
<https://afd-fraktion-sachsen.de/studentenrat-muss-politische-neutralitaet-achten/>



Windradausbau in Nacht- und Nebel-Aktion: Sachsen muss Bundesregierung verklagen!

Mit einem Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Windkraft an Land will die deutsche Bundesregierung die 1.000-Meter-Abstandsregel in [#Sachsen](#) aushebeln.

Der Freistaat Sachsen wäre dann dazu gezwungen, zwei Prozent der Landesfläche für Windräder zu reservieren. Der gerade erst im Landtag beschlossene Mindestabstand zur Wohnbebauung wäre dann mittelfristig hinfällig. Das Gesetz soll bereits diese Woche im Eilverfahren den Bundestag und den Bundesrat (TOP 54) passieren.

Dazu erklärt Thomas Thumm, Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion für Regionalentwicklung:

„Es ist skandalös, dass die Bundesregierung in einer Nacht- und Nebel-Aktion dieses weitreichende Windkraft-Gesetz durch alle Institutionen peitscht. Noch am Dienstag wurde an dem Gesetzentwurf geschraubt und nun soll er bereits morgen im Bundesrat endgültig beschlossen werden. Dadurch wird zum einen die dringend notwendige öffentliche Debatte über die Windkraft umgangen und zum anderen haben die Bundesländer faktisch keine Chance, um Korrekturen anzumahnen.“



Aus diesem Grund erwarten wir von der sächsischen Regierung eine Ablehnung im Bundesrat. Die CDU darf keine Rücksicht auf ihren grünen Koalitionspartner nehmen, der diese Trickserie auf Bundesebene vermutlich von Anfang an einkalkuliert hatte. Die Grünen haben dem 1.000-Abstand in Sachsen wohl nur zugestimmt, weil sie hofften, der Bund werde diese Regel sowieso wieder kassieren.

Es reicht nun nicht aus, der Bundesregierung lediglich die eigenen verfassungsrechtlichen Bedenken über das Verfahren darzulegen. Der Freistaat muss die Bundesregierung im Zweifelsfall verklagen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5253964268006382/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.7.2022

Die neue "Diskriminierungsbeauftragte"?

Ferda Ataman:

„Die Umvolkung ist längst abgeschlossen.“

(30. Juni 2019)

Als Ferda Ataman ihre 10.000 Tweets auf einen Schlag gelöscht hat, da wusste sie warum. Denn aus jeder ihrer Äußerungen spricht ein fast schon paranoider Hass auf die deutsche Gesellschaft. Hier eine kleine Sammlung von Atamans antideutschen Tiraden:



- Sie empfiehlt den „Teutodeutschen“ ihren Kindern keine deutschen Namen mehr zu geben, sondern sie Osman, Ayse und Sun Ju zu nennen.
- Thomas Gottschalk rückt sie in die Nähe zum Nationalsozialismus, weil er weiter Zigeunerschnitzel sagen will.
- Weil in Thüringen der FDP-Politiker Kemmerich mit den Stimmen der AfD gewählt wurde, fordert sie „Thüringen als Bundesland aufzulösen“
- Ataman beschuldigt die Bundeswehr, dass 20 % unserer Soldaten Rechtsextremisten sind.
- Der Polizei wirft sie pauschal „rassistische Strukturen“ vor. Das sind die Polizisten, die hier auch die Sicherheit des Bundestages schützen.
- Ataman spricht von Ostdeutschen als Menschen mit Zonenhintergrund. Sie setzt sächsischen Dialekt mit dem muslimischen Kopftuch gleich.
- Die Garnisonkirche, das Wahrzeichen Potsdams, für die viele Bürger Geldspenden spenden, nennt sie von Nazis gesponserte Schwingglocken.

„Rassist“ ist für Ataman fast jeder.

Sie twitterte: „Rassismus fängt da an, wo Leute denken, dass sie am Aussehen und Namen erkennen, wo jemand herkommt.“

- Wenn Sie also einem Mann in einer Lederhose begegnen und denken, er komme aus Bayern, sind Sie laut Ataman ein Rassist.
- Wenn Ihnen ein Pierre Moulin vorgestellt wird und sie glauben, er komme aus Frankreich – Laut Ataman sind Sie Rassist

Dabei frönt Ataman selbst ihrem pathologischen Rassenwahn. Ein Deutscher muss nicht „rechts“ sein, um Atamans obsessiven Hass zu erregen. Es genügt, dass er „weiß“ ist. In ihren Tweets wettet sie gegen:

Weißer Schauspieler, weiße Talkshows, Weiße Hipster, weiße Akademiker, weiße Polizisten, weiße Journalisten, das weiße öffentlich-rechtliche Fernsehen, das weiße Feuilleton, weiße Männer, die People of Color die Jobs wegnehmen, weiße Frauen, weiße Politikerinnen, weiße Promis, weiße CDU, SPD- und FDP -Politiker. Der FDP wirft sie in einem Tweet vor, dass 95 % ihrer Abgeordneten Weiße sind.

Ferda Ataman teilt die deutschen Staatsbürger in zwei rassistische Kategorien ein: Weiße Deutsche und nicht-weiße Deutsche. Arbeitsplätze und Führungspositionen, will sie nach rassistischen Kriterien besetzen. Was heißt das konkret? Sie sagt das ganz offen in ihrem Tweet vom 2. Juli 2020:

Ataman fordert, dass nur noch 30 % der Positionen mit „weißen Männern“ besetzt werden dürfen.

Das ist verfassungsfeindlich und läuft praktisch auf die Schaffung eines Apartheitsstaates mit umgekehrtem Vorzeichen hinaus. Atamans Ergüsse sind Aufhetzung zum Rassenhass und verstoßen gegen die Menschenwürde.

Dass die Ampel Ataman mit einer Position betraut, in der sie ihre rassistische Ideologie ungehemmt ausleben kann, beweist:



Die Ampel driftet immer weiter nach links. Wir haben eine linksradikale Antifa-Regierung mit der FDP als bürgerlichem Feigenblatt.

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/?ref=search>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

So wollen wir Deutschland wieder fit machen!

Der Bürokratieapparat wird immer fetter und behäbiger: Genehmigungsverfahren ziehen sich über Jahre und lähmen die Wirtschaft, die Infrastruktur wird immer maroder, aber dafür wird bei den



Steuern immer ausgiebiger zugelangt. Und die Energiepreise und die Inflation lassen den Menschen kaum noch einen Euro zum Leben. Die AfD im Bundestag will deshalb das deutsche Staats- und Behördenungetüm einem Fitnessprogramm unterziehen. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion zu umfassenden Entlastungen, zu Bürokratieabbau und zu gezielten Investitionen in die Infrastruktur wird am heutigen Donnerstag im Bundestag behandelt.

**Deutschland.
Aber normal.**



„Unser Land steuert geradewegs auf eine gigantische Wirtschaftskrise zu“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm. „Gasmangel, explodierende Energie- und Verbraucherpreise, gestörte

Lieferketten, die Rückkehr der Euro-Krise, sinkende Exportzahlen und steigende Importkosten: Es droht eine langwierige Stagflation, also gleichzeitig hohe Inflation und wirtschaftliche Stagnation“, erklärt er. „Verbunden wäre das mit einem enormen Wohlstandsverlust.“

Schon seit langem spricht sich die AfD für deutliche steuerliche Entlastungen der Bürger aus. Entbehrlich sind die horrenden Summen, die den Bürgern und Unternehmen abgeknöpft werden,



allemaal. Denn die Bundesregierung verschenkt das Geld entweder freimütig ins Ausland oder sie finanziert damit Prestigeprojekte, um die Auswirkungen der eigenen desaströsen Politik zu kaschieren. Man denke nur an die Spritkostenpauschale, die sich größtenteils die Mineralölkonzerne in die Tasche stecken und deren Mehrwert für die Pendler gegen Null geht.

Immer wieder machen die Altparteien Front gegen unsere Vorschläge. Aber mittlerweile sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für jeden spürbar, das Problem kann weder weggelächelt noch weggeschwiegen werden, so sehr sich auch Kanzler Olaf Scholz oder Wirtschaftsminister Robert Habeck bemühen. Denn jeder merkt, dass er immer weniger im Portemonnaie hat. Jeder sieht, wie Unternehmen durch die Corona-Politik an den Rand der Existenz gebracht wurden und jetzt durch die Erzeugerpreise und durch die Steuerlast den letzten Stoß bekommen. Und endlich kann auch jeder erahnen, dass die Altparteien daran freiwillig nichts ändern werden. Dafür braucht es die AfD! <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5571987532831540/>

Bauern im Würgegriff der politischen Klima-Sekte

Die europäischen Landwirte stehen mit dem Rücken zur Wand – nicht nur in Deutschland! Seit Jahren protestieren Bauern massenweise in den verschiedenen Ländern gegen existenzbedrohende EU-Verordnungen. Jedes Jahr geben Tausende landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland auf. Ende 2020 gab es nach einer aktuellen Erhebung noch 263.500 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland – das sind über 185.000 weniger als noch 2001, ein Rückgang um mehr als 40 Prozent! [1]

Aktuell eskaliert die Lage in den Niederlanden. Auslöser sind Pläne der Regierung, den Stickoxidausstoß massiv zu senken. Um das zu erreichen, müßte sie die Zahl der Tiere in den Ställen drastisch reduzieren – das bedeutet mit einem Schlag das Aus für etwa 30 Prozent der Betriebe. Mit Massenprotesten versuchen verzweifelte



Bauern auf ihre Notlage aufmerksam zu machen, denn in den Medien haben Landwirte keine Lobby. Seit Tagen werden die Lager von großen Supermarktketten und der Flughafen in Groningen mit Traktoren blockiert. Am Dienstagabend hat die niederländische Polizei in Heerenveen auf einen jungen Traktorfahrer geschossen [2]. In Bad Bentheim und im Landkreis Vechta gab es nun erste Solidaritätsproteste deutscher Bauern.

Immer neue Auflagen machen die Landwirtschaft unrentabel. Die Bauern versuchen sich an die immer neuen Regeln zu halten und investieren in "nachhaltige" Technologie. Doch die Eurokraten ziehen die Daumenschrauben immer enger. Denn das, was in den Medien verharmlosend als »Strukturwandel« beschrieben wird, ist kein unerwarteter Schicksalsschlag, sondern politisch gewollt. Unter dem Vorwand der Klimaideologie wird ein Globalismus vorangetrieben, der die Länder und Regionen in existenzielle Abhängigkeiten zwingt. Dabei erleben wir gerade angesichts des Ukraine-Krieges, wie wichtig es ist, bei den lebenswichtigen Versorgungsgütern, zu denen Energie, Wasser und eben Nahrung gehören, eine größtmögliche nationale Unabhängigkeit zu behalten.



Die AfD steht fest an der Seite der Bauern – und gegen diese EU-Politik.

[1] <https://www.landwirtschaft.de/.../warum-gibt-es-immer...>

[2] <https://www.faz.net/.../bauernproteste-in-den...>
www.landwirtschaft.de

<https://www.facebook.com/photo?fbid=706989434058042&set=a.599798814777105>

Gesunde Wirtschaft braucht einen starken Staat!

Ein weiteres Traditionsunternehmen schließt sein Werk in Deutschland und verlagert die Produktion in die Türkei. Die 200 Mitarbeiter von Villeroy & Boch Fliesen in Merzig, Saarland,



verlieren ihre Arbeit. Als Grund nennt das Unternehmen unter anderem „extrem hohe Kosten für Energie, Transporte, Verpackung und Rohstoffe“. Schon seit 15 Jahren gehört die V&B Fliesen GmbH mehrheitlich dem türkischen Eczacibasi-Konzern. Dieser verlegt die Produktion in seine Heimat, wo die Bedingungen günstiger sind. Es zeigt sich wieder einmal: Wenn deutsche Traditionsbetriebe von ausländischen Konzernen übernommen werden, steht das Wohl unserer Arbeiter auf dem Spiel. Deshalb sollten solche Übernahmen vermieden werden!

Aber das ist nur eine Seite der Medaille. Tatsächlich machen hohe Kosten und Abgaben die Produktion in Deutschland immer unattraktiver. Gewerkschafter werfen nun der Unternehmensleitung vor, sich vor steigenden Energiepreisen nicht am Markt abgesichert zu haben. Dieser Vorwurf greift zu kurz und entlastet die Bundesregierung, die mit ihrer fehlgeleiteten Außen- und Wirtschaftspolitik den Industriestandort Deutschland existentiell gefährdet. Selbstverständlich ist es richtig, dass die enormen Energiepreise die Produktion hierzulande immer weiter erschweren. Die Regierung steigt aus einer Energiequelle nach den anderen aus. Wir könnten Kernkraft, Kohlekraft und Gas in rauen Mengen nützen. Stattdessen setzt die Regierung einseitig auf erneuerbare Energien, schließt Kraftwerke und kündigt den Gashandel mit Russland auf. Mit dieser Politik gibt sie deutsche Interessen preis!

Die Bundesrepublik Deutschland war einmal Exportweltmeister. Weil die Bundesregierung unsere Industrie nicht schützt, ist mittlerweile das Unvorstellbare eingetreten: Deutschland weist erstmals seit über 30 Jahren eine negative Handelsbilanz auf. Und das Beispiel von V&B Fliesen in Merzig zeigt, wie dieses Defizit zustande kommt. Die gewollte Verteuerung von Energie hat katastrophale Folgen. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung mit ihrer angeblich wertegeleiteten Außenpolitik immer mehr Handelspartner verprellt. Grüne, SPD, CDU und Linke sind schuld daran, dass unsere Arbeiter ihre Wertarbeit nicht mehr leisten können wie früher. Eine gesunde Wirtschaft kommt auf Dauer eben nicht ohne starken Staat aus. Deutschland braucht eine souveräne Regierung, die deutsche Interessen vertritt und die deutsche Industrie entschlossen verteidigt — Energie diversifizieren, deutsche Betriebe erhalten, gute Handelsbeziehungen zu allen Staaten der Welt!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/2810842675890654/>



Lauterbach muss endlich zurücktreten!

Die Aufarbeitung der desaströsen Corona-Politik steckt noch in ihren Anfängen. Die erste Evaluierung durch den Sachverständigenrat fiel erwartungsgemäß zurückhaltend aus, schließlich befinden sich in diesem Gremium genügend Beteiligte, die der vorangegangenen und der aktuellen Bundesregierung selbst zu diesen Maßnahmen geraten hatten. Trotzdem ist gerade die Botschaft, daß die Datenlage ungenügend sei, um verbindliche Aussagen zu treffen, ein politischer Offenbarungseid: Angesichts der zum Teil massiven Grundrechtseinschränkungen ist die Regierung in der Pflicht, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu begründen. Genau das kann sie nicht.



Das einzige, was das Gremium inzwischen klar belegen kann, sind die negativen Folgen der Maßnahmen: Die Zunahme von Angststörungen, Depressionen und Einsamkeitsgefühlen werden auf der Pressekonferenz klar benannt. Inzwischen wird das Ausmaß der Impfschäden immer deutlicher – aber zur Wirksamkeit der Impfungen und der 2-G-Regeln traut sich der Expertenrat kein Urteil zu.

Die entscheidende Frage ist nun: Woran liegt es, daß keine Daten vorliegen? Hat das in den letzten zwei Jahren omnipräsente Robert-Koch-Institut geschlampt? Dann wäre zumindest die Entlassung des RKI-Chefs Wieler geboten, mit Blick auf sein historisches Versagen im Dritten Reich und sein neuerliches in der »Plandemie« vielleicht sogar besser seine Auflösung. Oder war es von vornherein politisch nicht gewollt? Dann stellt sich die Frage, warum Karl Lauterbach nach der Veröffentlichung des Berichts noch im Amt sein kann! Daß es nach diesem politischen Armutszeugnis zu einer klaren Abkehr von der restriktiven Corona-Politik kommen muß, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Aber genau das ist von dem wahnhaft getriebenen Lauterbach leider nicht zu erwarten — jedenfalls niemals freiwillig.

Schon allein deswegen ist die Entlassung Lauterbachs dringend geboten – allein, um jetzt Schlimmeres zu verhindern.

Doch das kann angesichts des Ausmaßes der Katastrophe eben nur der Anfang sein.

— — —

Die Thüringer AfD-Fraktion hat ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Corona-Politik geleistet. Mit den weltweiten verfügbaren Daten läßt sich durchaus auch jetzt schon ein Bild von der Wirksamkeit der Daten leisten. Umfassend werden aber eben auch die Schäden dieser falschen Politik dokumentiert. Die Broschüre gibt es hier kostenlos als PDF:

<https://afd-thl.de/veroeffentlichu.../corona-schadensbilanz/>

Teilen Sie diese Fakten und diskutieren Sie in Ihrem Bekanntenkreis darüber! Wir können es uns nicht leisten, zu warten, bis im Herbst wieder Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=704267810996871&set=a.599798814777105>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag in den sozialen Medien

Der deutsche Energie-Sonderweg muss noch heute enden!



Das EU-Parlament hat am Vormittag entschieden: Kernkraft ist nachhaltig. Damit muss der deutsche Sonderweg noch heute enden. Die Laufzeit noch in Betrieb befindlicher Kernkraftwerke ist augenblicklich zu verlängern, bereits vom Netz gegangene Kraftwerke sind schnellstmöglich wieder in Betrieb zu nehmen. Dazu gibt es keine Alternative, will man Energie wieder sicher verfügbar und vor allem bezahlbar für die Bürger machen.

Wenn die Ampel ihren verhängnisvollen Weg weiterverfolgt, treibt sie immer mehr Unternehmen in den Ruin und das ganze Land in die Armut!

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5641862515824937>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Einzelhandel: Wir machen bei Corona-Beschränkungen nicht mehr mit

<https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2022/einzelhandel-wir-machen-bei-corona-beschraenkungen-nicht-mehr-mit/>

„Maximale Sicherheitsbedenken gegen die Corona-Impfstoffe“ – Ärzteverband setzt PEI unter Druck

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/maximale-sicherheitsbedenken-gegen-die-corona-impfstoffe-aerzteverband-hippokratischer-eid-setzt-pei-unter-druck-a3883536.html>

„Extrem hohe Kosten für Energie“ – Traditions-Werk von Villeroy & Boch im Saarland schließt

<https://www.tichyseinblick.de/wirtschaft/hohe-energiekosten-traditionsunternehmen-villeroy-boch-schliesst-im-saarland/>

Laut Bundesregierung: AfD am häufigsten Opfer von Gewalt

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/afd-gewalt-statistik/>

Polizei gibt Schüsse ab: Bauernproteste in Niederlanden spitzen sich zu

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2022/bauernproteste-schuesse/>

Premier Boris Johnson tritt als Parteichef zurück

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2022/premier-boris-johnson-tritt-zurueck/>

Eilmeldung: Ataman zur Antidiskriminierungsbeauftragten gewählt

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/wahl-ataman/>



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Fakten in Bildern

Wenn man einfach *extrem* oft *recht* behält ...

Mai 2022:
DER SPIEGEL @derspiegel
Die extrem rechte Partei #AfD versucht mit der Warnung vor einem massiven Stromausfall Stimmung zu machen. Dafür nutzen die Untergangspanthasten nicht nur die üblichen Kanäle, sondern auch harmlos klingende Vereine. (S+)



Juli 2022:
DER SPIEGEL @derspiegel
Der Präsident der Netzagentur richtet einen dramatischen Appell an die Deutschen. Ein Staatssekretär fordert Firmen auf, Notstromaggregate anzuschaffen. Und Henkel drängt Mitarbeiter ins Homeoffice – um Energie zu sparen.

spiegel.de (S+) Die AfD ocht Ort Angst vor dem Strom-Blockout – warum?

@BjoernHoeckleAfD @Bjoern_hoeckle_afd t.me/BjoernHoeckleAfD @BjoernHoeckle @Bjoern_hoeckle

FAKT!

Sanktionen „gegen Rußland“ werden immer mehr zu Sanktionen gegen deutsche Bürger

BÜRGER MÜSSEN JETZT DIE REGIERUNG SANKTIONIEREN!



AfD

Timo Schreyer
MdL Timo Schreyer

Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremlinger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen